

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zu einem; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inscriber nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Rud. Moese; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haafenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Zäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.



# Zeitung.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 23. Mai. Reichstag. Berathung des Strafgesetzbuches. Bundeskanzler Graf Bismarck hebt hervor, daß die Bundesregierung Beifall zum Amendingen des Strafgesetzbuchs die erheblichsten Opfer gebracht hätten. Der Antrag Planta sei unannehmbar, da er die RechtsEinheit durchbreche und zwei Klassen norddeutscher Bürger schaffe. Es sei aber Alles aus dem Wege zu räumen, was der deutschen Einheit entgegen. Möge das Haus durch die Abstimmung einen Pfand für seine deutsche Gesinnung geben. Plant zieht hierauf seinen Antrag zurück.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 22. Mai. Die heutige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theil zwei auf Grund eines vom Ministerpräsidenten Grafen Potocki an den Kaiser gerichteten Vortrages erlassene kaiserliche Patente d. d. 21. Mai. Das erste Patent löst das Abgeordnetenhaus des Reichsraths auf, und ordnet die Vornahme von Neuwahlen für dasselbe an; das zweite löst sämtliche Provinziallandtage, mit Ausnahme des böhmischen, auf und ordnet die Einleitung von Neuwahlen für diese Landtage an. Ferner veröffentlicht die „Wiener Btg.“ ein Rundschreiben des Grafen Beust an die kaiserlichen Gesandtschaften über das Programm des Ministeriums Potocki. Dasselbe sei dahin gerichtet, ein gegen weitere Katastrophen gesichertes, aus directen Wahlen entstehendes Volksparlament zu schaffen und innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung und auf keinem anderen Wege den nationalen Wünschen gerecht zu werden. Nach erfolgter Auflösung des Reichsrathes und sämtlicher Landtage soll ein Appell an die Urwähler ergehen. Das Ministerium beabsichtigt, den neu gewählten Landtagen ein die Erweiterung der Autonomie beweckendes Programm vorzulegen, welches der nächst zukommende Reichsrath zu genehmigen hätte. Auch soll von den Landtagen die Einwilligung zur Einführung directer Reichsrathswahlen auf liberaler Basis verlangt werden. Das jetzt bestehende Herrenhaus würde durch eine Anzahl aus den Landtagen gewählter Vertreter verstärkt werden. Sollten sich die Landtage weigern, die Wahlen für den Reichsrath vorzunehmen, so würde die Regierung von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machen, und directe Reichsrathswahlen anordnen. Die Regierung habe endlich nicht die Absicht eine Notablersammlung einzuberufen, wohl aber suchte sie vor Beginn ihrer konstitutionellen Action durch unmittelbaren Verlehr mit den Führern aller Nationalitäten und Parteien eine Verständigung anzubahn.

Paris, 22. Mai. Die meisten Abendzeitungen sprechen sich günstig über die geistige Rede des Kaisers aus. — „Constitutionnel“ aufs folge würden die Ernennungen im diplomatischen Corps erst nach der Rückkehr des Herzogs v. Gramont erfolgen.

## 51. Sitzung des Reichstages am 21. Mai.

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staats-Angehörigkeit wird definitiv genehmigt.

Dritte Berathung des Strafgesetzbuches. Bundesbevollmächtigter Leonhardt erklärt sich über die Stellung der verbündeten Regierungen zu den Beschlüssen des Hauses in der 2. Lesung. Einige derselben bedürfen einer technisch-juristischen Correctur, für welche durch bereits gestellte Anträge gesorgt sei. Materiell seien einige Beschlüsse als Verbesserungen anzuerkennen, andere seien indifferent, bei noch anderen erläutert der Bundesrat eine Aenderung für dringend wünschenswerth z. B. § 77. („Wo das Gesetz die Wahl zwischen Buchhaus und Festungshaft gestattet, darf auf Buchhaus nur dann erkannt werden, wenn festgestellt wird, daß die strafbar befindene Handlung aus einer ehrenlohen Gesinnung entsprungen ist.“) Einzelne Beschlüsse seien aber für die Regierungen absolut unannehmbar und zwar 1) Alinea 2 des § 3 des Ausführungsgesetzes, ein Gegenstand, der nicht in das Strafgesetz, sondern in die Gerichtsordnung gehöre (Aufhebung der Ausnahmegerichte, insbesondere des preußischen Staatsgerichtshofes). 2) §§ 87 bis 89 (alternative Festhaft neben der Buchhausstrafe bei schwerem Landesverrat). 3) Die Beschlüsse über die Todesstrafe. Die Regierung willigte nicht in die prinzipielle Befestigung derselben, die Sie beschlossen haben. Die Regierungen wollen die Todesstrafe beibehalten für Mord und für diejenigen Mordversuche, welche gegen das Bundesoberhaupt, gegen den eigenen Landesherrn und gegen den Landesherrn des Staates, gerichtet werden, in dem der Thäter den Versuch macht. Damit würde denn die Todesstrafe wegfallen für qualifizierte Todtötung, für thätliche Beleidigung des Landesherrn und in einem großen Umfang für den Hochverrat ersten Grades. Über den heute erst gebrachten wichtigen Antrag von Plank und Gen., daß die Todesstrafe in den Staaten des Nord. Bundes, in denen sie heute schon abgeschafft ist, befeitigt bleiben soll, haben die Regierungen noch nicht Besluß fassen können. — Abg. Graf Schwerin beantragt Beratung der Berathung (Oh! Oh! links, Bravo rechts) aus schuldiger Rücksicht gegen die eben gehörten Mittheilungen und weil wir den Regierungen seit geben müssen, das wichtige Plank'sche Amendingen in Erwägung zu ziehen. Mögen die Meinungen in dieser Beziehung so fest stehen, wie sie wollen, es ist jedenfalls notwendig — und um so fester die Versammlung steht, um so weniger kann durch einen solchen Verzug geändert werden — daß wir uns ein Spatium vorbehalten, in der wir die eben gehörte Erklärung ernstlich überlegen. — Abg. v. Hoverbeck: Ich beantrage, in unserer heutigen Tagesordnung fortzufahren. (Bravo links.) Ich will meinerseits die große Bedeutung der Erklärung, die wir eben gehörten

haben, in keiner Weise bezweifeln. Ich darf aber aussprechen, daß das, was wir gehört haben, für den größten Theil der Versammlung durchaus nichts Neues war (sehr richtig! links), wir können also in voller Kenntnis des Gegenstandes an die Berathung herangehen. Neu kann höchstens das Amendingen Planta genannt werden, das aber nicht bei § 1, sondern erst bei einem späteren § zur Discussion kommt. Sollte aber Denand Ueberlegungszeit für dieses Wunschen, so würde eine Beratung bis heute Nachmittags 6 Uhr genügen. — Abg. v. Forckenbeck für den Schwerin'schen Antrag. Nach der Erklärung der Regierungen über den wichtigen Gegenstand der Session sind wir es der deutschen Nation, uns selbst und den Regierungen schuldig, uns einige Zeit zur Ueberlegung zu schaffen. (Bravo!) Der deutschen Nation: die Fragen, um die es sich bei dem Strafgesetzbuch handelt, die Beschlüsse der Regierungen in Bezug auf die von uns gefassten Beschlüsse combinieren in so eindrücklicher Art und Weise die höchsten humanen Fragen und die höchsten politischen Fragen der Gegenwart, daß wir der Nation die Garantie geben müssen, daß die letzten definitiven Beschlüsse erst nach reiflicher ernstlicher Ueberlegung von uns gefasst werden. Wir sind es zweitens uns selbst schuldig. Ich weiß und kann es begreifen, daß hier im Reichstage auf allen Seiten Männer sitzen, welche Angesichts der gegenwärtigen Erklärung der Regierungen mit ihrem Votum abgeschlossen haben. Ich weiß aber auch, daß im Reichstage auch zahlreiche Mitglieder sich befinden, bei denen dies nicht der Fall ist. (Ruf: Leider! Leider!) — M. S., da kann nur die Mehrheit des Hauses darüber entscheiden, nicht jeder Einzelne — zahlreiche Mitglieder, welche in dieser höchsten Frage ihren Entschluß ausgefegt haben, bis sie die definitive Erklärung der Regierungen empfangen haben. Und in einer so wichtigen Frage sollte der Reichstag jeder Minorität und jedem Mitglied gegenüber selbst den Schein vermeiden, als ob hier Beschlüsse in Ueberstürzung und Uebereilung provoziert würden. Endlich sind wir es den Regierungen schuldig und ist es den Verhältnissen nach gerathen, unser Votum nicht sofort abzugeben. Die Regierungen haben erst im Augenblicke ihre Erklärungen abgegeben. Wir müssen bei unseren Beschlüssen auf diese Erklärungen Rücksicht nehmen und müssen auch in der Form Alles vermeiden, was darauf schließen läßt, als wenn diese Erklärungen nicht gebürgt gewürdigt würden. Das preußische Abgeordnetenhaus hat auch in den heftigsten Kämpfen vergangener Jahre niemals den Weg verfolgt, augenblicklich Beschlüsse zu fassen, wenn dieselben augenblicklich durch die Erklärung der Regierung in die Thatäglichkeit traten. Dieselbe Rücksicht haben wir auch hier zu berücksichtigen. (Lebh. Beifall bei den Nat.-lib und Rechts.) — Abg. Löwe: Der Vorredner sagt, wir müssten hier auch den Schein der Ueberzeugung vermeiden. Aber mit welcher Frage haben wir es denn hier zu thun? Es ist in erster Linie eine Gewissensfrage, die hier zur Entscheidung gebracht werden soll, und diese Gewissensfrage hat jeder gewissenhafte Mann — und ich meine, das deutsche Volk hat nur gewissenhafte Männer hierhergesucht — schon bei sich überlegt in schweren inneren Kämpfen; ein Jeder ist in seinem inneren Herzen und Gewissen mit seinem Votum bereits fertig geworden. Als seiner Zeit der Graf Lehndorf seinen Antrag stellte, sofort in die 3. Lesung des ersten Abschnittes einzutreten, waren wir im ersten Moment alle damit einverstanden; das Gefühl war eben allgemein, daß es sich hier um eine Gewissensfrage handle und daß es nur darauf ankomme, diese Frage äußerlich zur Erscheinung zu bringen. Nur sind freilich politische Fragen in diese Gewissensfrage hineingezogen worden. Mr. v. Forckenbeck meint, die Frage sei so complex geworden, daß es außerordentlich schwer wäre, sie zu entwirren. Der einfachste Weg, sie zu entwirren, ist, beim Anfang anzufangen und gleich heute zu sagen, wie wir zu der einen großen Frage stehen. Dann ergibt sich das Andere von selbst. (Bravo links.) — Abg. v. Blaumberg: Niemand im Hause ist im Stande zu sagen: ich bin über alle die Fragen so klar, daß ich im Stande bin, sofort mein Votum abzugeben der Art, daß im deutschen Volke die Ueberzeugung erreicht werde, es sei ein wohlüberlegtes. — Abg. v. Hoverbeck: Wir sind der deutschen Nation schuldig, ihr den Ruhm zu erhalten, den wir ihr in der ganzen civilisierten Welt durch unsere erste Abstimmung erworben haben; das ist meine Meinung über das, was wir der deutschen Nation schuldig sind. Rücksichten gegen die Bundesregierung, denke ich, haben wir in vollem Umfange walten lassen durch den sehr langen Zeitraum, den wir zwischen der ersten und zweiten Lesung haben verstreichen lassen. — Abg. Graf Schwerin: Ich weiß eben so gut wie der Vorredner, was wir über die deutschen Nation schuldig sind. Ich fasse die Frage der Consequenz und Inconsequenz anders auf als Mr. v. Forckenbeck (Sehr richtig! Gelächter links). Ich glaube nicht, daß gerade darin das Merkmal des politischen Mannes besteht, weil ich einmal so gesagt habe, nun auch ein andermal so zu sagen. (Heiterkeit.) Vielmehr habe ich mich zu fragen: was liegt in diesem Augenblicke nach Lage der Umstände im Interesse des deutschen Vaterlandes? Und wenn die Umstände heute anders liegen, als vor 8 Wochen, so stimme ich heute anders als vor 8 Wochen. (Aha! links.) — Abg. Liebknecht: Ein solches Abwagen der Umstände mag wohl gestattet sein bei praktischen Dingen, aber nicht bei Prinzipienfragen. Von Prinzipienfragen gilt der Spruch: ein Wort ein Mann. Wir wollen hier nicht eine Comödie in der Comödie spielen. Wir wissen sehr genau, daß die Erwägungen, die jetzt hier vorkommen, lange Zeit dem Hause vorgelegen haben; wir wissen, daß Alles, was sich jetzt hier abspielt, eine vorher verabredete Sache ist — das sind öffentliche Geheimnisse. Es ist ein öffentliches Geheimnis nicht bloss in diesem Hause, sondern auch außerhalb bei der „deutschen Nation“, daß das Haus bloss Zeit gewinnen will

zu einem ähnlichen Handel, wie er neulich in der Kofferzollfrage hinter den Coulissen abgeschlossen wurde. (Oh! oh! rechts, Beifall links), um die Prinzipien wegzumarkten für praktische Rücksichten, oder, wie es der Bundes-Commissar ausgedrückt hat, für „höhere“ Rücksichten, d. h. Rücksichten nach oben hin. In Prinzipienfragen kann es überhaupt keine Rücksichten geben. Die moderne bürgerliche Aufschauung steht hier gegenüber dem Gottesgnadenthum, das weiland die Krone nicht aus menschlicher Hand annehmen wollte, sondern sie mit höchst eigener Hand vom Tische des Herrn nahm und sich Recht über Leben und Tod vindictirt. Ein Mutter- und Bruderndrder ist neulich begnadigt worden; praktisch ausüben will man also das Recht nicht mehr, aber an dem Prinzip hält man fest, man will im Prinzip Herr bleiben über Leben und Tod. Der Reichstag hat zwar nicht mehr viel in der allgemeinen Achtung zu verlieren. — (Große Unruhe.) Präsidient Simson: Der Redner vergift, daß er in dieser Versammlung, deren Mitglied er zu sein die Ehre hat, spricht, und daß ein solches Urtheil über die Versammlung gegen die Ordnung des Hauses aufs Schwerste verstößt. Ich rufe ihn zu dieser Ordnung zurück. (Bravo!) Abg. Liebknecht fortfahrend: Die deutsche Nation blickt fest allerdings auf den Reichstag, denn es handelt sich um die Entscheidung einer culturhistorischen Frage. Trifft der Reichstag eine andere Entscheidung als bei der ersten Lesung, so hat er sich selbst sein Urtheil gesprochen — nicht bei uns, bei uns steht dies Urtheil von Anfang an fest, aber bei denjenigen, die bis jetzt noch nicht begriffen haben, daß hier nur Comödie gespielt wird. (Erneute Unruhe. Ruf: zur Ordnung. Prä. Simson wiederholt den Ordnungsruf und droht mit Entziehung des Wortes.) Abg. Plank: Die Gerechtigkeit erfordert, daß man nicht den in meinem Auftrage, der erst gestern zu Stande gekommen, liegenden Vermittelungsversuch von vorne herein verziele. — Abg. Lasker: Ich gehöre zu denjenigen, für die die Abstimmung über § 1 eine Sache des Prinzips ist, und die von diesem Prinzip in keiner Weise abweichen werden. Aber diesem Prinzip wird nicht gedient, wenn dafür mit Gründen gesprochen wird, wie sie Mr. Liebknecht vorbrachte. Wenn bei irgend einer Frage, so bin ich bei dieser der Ueberzeugung, daß nicht ein Mann im Hause ist, der nicht seine Entscheidung lediglich von dem Interesse der Nation abhängig sein läßt. Der Entschluß sein Votum so abzugeben, daß das Zustandekommen des Gesetzes dadurch unmöglich gemacht wird, welches sehr viele Fortschritte enthält, kann nur nach einem sehr schweren Kampfe gefasst werden und ich selbst bin mir der Verantwortlichkeit bewußt, welche ich bei meinem Votum tragen werde; aber ich glaube, von den äußersten Bänken auf der einen Seite bis zu denen auf der andern wird allerdings erwogen, in welcher Weise man der Nation den größern Dienst wird leisten können. Das soll jeder, auch der Gegner achten! Ja der Sache hat Mr. v. Hoverbeck das Richtige getroffen; eine Beratung bis Nachmittag genügt, für die Erwägungen des Bundesrates wie der Abgeordneten. — Abg. Fries spricht gegen, die Abg. v. Wedemeyer und v. Luck für die Beratung. — Nachdem Bundescomm. Dr. Leonhardt erklärt hat, daß die verbündeten Regierungen am Montag Morgen in der Lage sein würden, ihre Erklärung über die heutige vorliegenden Anträge abzugeben, wird das Strafgesetzbuch von der heutigen Tagesordnung ab- und auf die der Montagsitzung gesetzt.

3. Berathung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Prä. Delbrück erklärt, daß der Bundesrat sich über die Beschlüsse der 2. Lesung noch nicht schlüssig gemacht hat. Die Beschlüsse der 2. Lesung werden heute zum größten Theil genehmigt, zum Theil (in den §§ 17, 19 und 23) mit Aenderungen, die Mr. Friedenthal beantragt hat. Eine bedeutendere Debatte erhebt sich über die Frage der Beschreibung des Rechtsweges bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen Armenverbänden. In der 2. Lesung hatte man die Entscheidung desselben, wenn die Verbände denselben Staate angehören, den Landesgesetzen überlassen, und nur die Entscheidung der interterritorialen Streitigkeiten an das dafür einzusehende Bundesamt verwiesen. Um dem Verfahren der Landesbehörden einige der Vorteile des gerichtlichen Verfahrens zu sichern, die in der 2. Berathung vermieden wurden, beantragt Friedenthal die Einschaltung eines neuen § 39: „Die zur Einführung zuständigen Landesbehörden sind befugt, Untersuchungen an Ort und Stelle zu veranlassen, Zeugen und Sachverständige zu laden und eidlich zu vernehmen, überhaupt den angetretenen Beweis in vollem Umfange zu erheben“. Dieser Antrag wird angenommen. Die auf Herstellung des Rechtsweges gerichteten, aus der 2. Berathung bekannten Anträge Laskers, deren Spitze die Einschaltung des Ober-Handelsgerichts als höchste Instanz bildet, um auch in dieser Materie die Einheit der Rechtsprechung zu sichern, werden abgelehnt. Auch in die §§ 42, 43 und 43 a. werden auf Antrag Friedenthal's Bestimmungen aufgenommen, welche dem Bundesamt den Character einer richterlichen Behörde zu geben bestimmt sind. Zur definitiven Beschlussnahme über das Gesetz wird noch eine Zusammenstellung der heutigen Beschlüsse stattfinden.

3. Berathung über den Nachtrag zum Etat pro 1870. Abg. Graf Kleist beantragt die in 2. Lesung gesetzten 157,000 R. für das Gebäude des Marineministeriums heute zu bewilligen. — Prä. Delbrück: Er habe neulich anerkannt, daß das Verfahren der Regierungen formal entschieden anzusehen sei. Das Haus habe eine Warnung durch seinen neulichen Beschuß ertheilt, die, das könne er fest versichern, für die Zukunft nicht ohne Wirkung sein werde. Das Haus möge mit Rücksicht auf die Sitzlage für diesen Fall Indemnität ertheilen. Abg. v. Heinig: Obwohl es ihm persönlich schwer falle, müsse er hier die Indemnität versagen, weil es sich nicht um sein Recht, sondern das der Nation handle. In Preußen sind zahlreich dieselben Fälle

vorgelommen und zwar in denselben Departement, in dem der vorliegende Fall spielt. Dieses Verfahren darf man von der Regierung nicht im Bunde einführen lassen. Abg. v. Oldenburg erklärt, daß die conservative Fraktion, da der Verlauf einmal abgeschlossen sei, für die Bewilligung stimmen würde. — Darauf wird die Bewilligung der 157,000 R. mit 125 gegen 113 St. verum abgelehnt; die andern Positionen wie in 2. Lesung bewilligt.

3. Beratung des Gesetzes über die Aufhebung der Elbzölle. Wiggers (Berlin) beantragt, die in 2. Lesung Mecklenburg gewährte Entschädigung von 1 Mill. R. zu streichen; v. Rochau beantragt ½ Mill. zu gewähren. Präf. Delbrück und Abg. Windthorst befürworten die Genehmigung von 1 Mill., um Preußen mit seinem Versprechen an Mecklenburg nicht im Stiche zu lassen. Abg. Russel sagt, daß er keinen Grund habe, dem Großherzog von Mecklenburg aus den Taschen der übrigen Steuerzahler ohne rechtliche Verpflichtung eine Dotirung zu gewähren. Der Mecklenburger Bevollmächtigte v. Bülow erklärt, die Mecklenburger Regierung werde zwar 1 Mill. (statt der in der Vorlage ausgesetzten ½ Mill.) um die Sache zu erledigen, als Entschädigung accepieren, aber keinen geringeren Betrag. Präsident Delbrück bittet den Abschluß der 2. Lesung aufrecht zu erhalten, da sonst die Elbzölle, zu deren Beseitigung — wie er so eben aus Wien benachrichtigt werde — auch Österreich seine Zustimmung zu gewähren bereit sei, noch länger fortbestehen würden. Hierauf wird 1 Mill. Entschädigung an Mecklenburg mit 126 gegen 110 Stimmen bewilligt, ebenso die Abfindung an Anhalt (85,000 R.), dagegen die an Lauenburg mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Das Gesetz über die Abgaben von der Flößerei wird definitiv genehmigt. — Nächste Sitzung Montag.

5. Berlin, 22. Mai. Es mag den meisten Regierungen und namentlich der preußischen viel Selbstüberwindung gelostet haben, um sich auch nur zu dem durch den Justizminister Leonhardt angebotenen Compromiß zu entschließen. Überzeugend ist er natürlich doch; nicht etwa, weil er von dem Reichstag noch mehr fordert, als bloß die Beibehaltung der Todesstrafe für den Mord und den Mordversuch gegen das Bundesoberhaupt und den Landesfürsten, sondern, weil er eben die Todesstrafe nicht vollständig aus unseren Gesetzen entfernen will. Wie ich Ihnen vorgelesen schrieb, gibt es allerdings gar manche liberale Abgeordnete, welche bei sonst genügenden Begründungen wohl die einstweilige Beibehaltung der Todesstrafe zugeben würden, welche sie aber doch nicht zugeben können, weil es sich nicht ausschließlich um bloße Beibehaltung, sondern, in Betreff Sachsen u. s. w., um Wiedereinführung handelt. Nun hat wohl der Abgeordnete Planck auch diesen zu genügen gesucht, indem er gestern einen Antrag stellte, welcher dahin geht, daß die Todesstrafe in denjenigen Bundesstaaten, in welchen sie bereits geschafft ist, nicht wieder eingeführt werden darf. Auch schien Herr Leonhardt sehr bereit zu sein, diesen Antrag bei dem Bundesrathe zu befürworten. Aber auch dieses Auskunftsmitteil wird den Compromißversuchen schwerlich förderlich sein. Denn wenn man in einem Gefebuch, das ein neues einziges Band für das deutsche Volk sein soll, wohl in Nebensachen diese oder jene kleine Ungleichheit gestalten darf, so würde eine so schreiende Rechtsungleichheit gerade in einem solchen Hauptpunkte in dieser (man kann sie in jeder Bedeutung des Wortes so nennen) Capitalisache nicht weniger das Einheits- wie das Rechtsgefühl der Nation auf das Tiefste verleihen. Nur bei gänzlicher und unbedingter Abschaffung der Todesstrafe würde dem deutschen Volke das neue Gesetzeswerk als ein befriedigendes und wirklich einzigendes erscheinen. Gegen diese Eine Frage tritt das Verlangen der Regierung n. auch Norddeutsche Staatsbürger nichtdeutscher Nationalität für das, doch nur für den Deutschen unter allen Umständen ehrlose Verbrechen des Landesverroths mit Buchthaus bestrafen zu dürfen, weit in den Hintergrund zurück und ebenso das Verlangen, mit der Entscheidung über die Abschaffung des unseligen Staatsgerichtshofes zu warten, bis auch die Strafprozeßordnung reformirt werden wird. Es steht zu hoffen, daß der Reichstag es jetzt vorziehen wird, auch mit der Reform des ganzen Strafgesetzbuches bis zu diesem Zeitpunkte zu warten. Denn diese Reform ist ohne jene, wie auch wohl an anderer Stelle gesagt ist, doch nur ein halbes Werk und nicht einmal ein halbes.

\* Berlin, 22. Mai. Die Aussichten auf den Compromiß über das Strafgesetzbuch sind seit den gestrigen Erklärungen des Ministers Leonhardt sehr geschwunden. Der Antrag Planck hat an der Lage nichts gebeffert, er findet wenig Freunde, weil er dassjenige, was als Hauptmittel des Compromisses angesehen wird, die Gewinnung der Rechtseinheit, selbst wieder aufhebt, und zwar in einer der wichtigsten Rechtsfragen. (Vergl. oben die Ausführungen unseres 3. Correspondenten.) Was wäre das für eine Rechts-einheit, wenn man z. B. bei einem auf der preuß.-sächsischen Grenze vorgefallenen Morde vor allem feststellen müßte, ob das Verbrechen einige Schritte mehr rechts oder links, auf preußischem oder auf sächsischem Gebiet verübt ist, um daran zu entscheiden, ob man es mit dem Tode zu bestrafen hat oder nicht. Wie kritisch die Lage auch in Regierungskreisen angesehen wird, beweist, daß man gestern sofort den Grafen Bismarck telegraphisch hierher berufen. Die Stellung Bismarcks zu dem Planck'schen Antrage — behauptet das „BKB“ — stimmt mit der Ansicht vollkommen überein, welche gestern noch während der Sitzung der Justiz-Minister Dr. Leonhardt verschiedenen Mitgliedern gegenüber schon ausgesprochen haben soll, daß der Antrag Planck unannehbar sei. Graf Bismarck hat gestern Abend noch kurz nach seiner Ankunft zu einigen ihm befreundeten Abgeordneten sich entschieden für Verwerfung dieses Antrages erklärt. Heute Mittag fand nun eine Ministerberatung, zunächst bei Graf Bismarck statt, an welcher sich sodann ein Conseil anschloß, und wurde in derselben der Antrag Planck sowie folgender Antrag der Abgg. Fries, Dr. Jäger und Salzmann, zu dem Antrag Planck folgenden Zusatz zu beschließen: „Den übrigen Bundesstaaten bleibt es überlassen, im Wege der Gesetzgebung ebenfalls zu verordnen, daß in denjenigen Fällen, für welche das gegenwärtige Gesetz die Todesstrafe bestimmt, an die Stelle derselben die lebenslängliche Buchthausstrafe tritt“, berathen. Wie das „BKB“ hört, haben hierbei beide Anträge ebenfalls eine Ablehnung erfahren. — Was die Beratung der Fraktionen betrifft, so haben die Freikonservativen beschlossen, für den Antrag Planck zu stimmen, wenn derselbe Ansicht auf Annahme hätte; da dies aber mehr als zweifelhaft ist, so haben sie sofort anderweitig ihre Position genommen und beschlossen, der von dem Justizminister Leonhardt gestern ausgeprochenen Ansicht über die Anwendung der Todesstrafe die Form;

eines Antrages zu geben, welcher von den Abgeordneten Dr. Friedenthal und v. Kardorff eingebraucht werden soll; so daß sie lediglich die Propositionen des Bundesrates acceptiren. Auch die Conservativen haben sich in gleicher Weise schlüssig gemacht; ihr Antrag, den Abg. v. Luck einbringen wird, soll jedoch noch etwas weiter hinausgehen. Man ist aber der festen Überzeugung, daß die Conservativen für den Antrag Kardorff Friedenthal stimmen werden, weil diesem von vornherein die Zustimmung der Bundesregierungen gewiß ist. Die sächsischen Abgeordneten aus allen Fraktionen, mit Ausnahme der nat.-lib., haben in einer besondern Berathung getagt und die Ablehnung des Planck'schen Antrags beschlossen. Die Fraktion der Nationalliberalen tritt erst heut' Abend zur Berathung zusammen. Außerdem hört das „BKB“, daß noch über neue Vermittelungsversuche verhandelt wird.

Dem Reichstag ist gestern noch das Festungs-

rayongesetz vorgelegt worden, an dessen Erledigung in dieser Session selbstverständlich nicht mehr zu denken ist. Die Vorberathung dieses Gesetzes müßte doch in einer Commission erfolgen, welche nicht Tage, sondern Wochen nötig haben würde, um der verwinkelten Materie gerecht zu werden. Wie bereits erwähnt, hat der Bundesrat die Präsidialvorlage namentlich in Bezug auf die Entschädigungsfrage abgeändert und die Zahlung der Rente auf eine bestimmte Reihe von Jahren, auf 42 nämlich beschränkt, und zwar, wie die Motive besagen, „im Hinblick darauf, daß ein mit 4% verzinsliches Capital durch eine jährliche Rente von 5% in 41½ Jahren getilgt wird“.

Wie die „C. S.“ berichtet hat der betreffende Ausschluß des Bundesrates bereits über die Gotthardangelegenheit Bericht erstattet und in dem beantragten Gesetzentwurf die Zustimmung zu dem zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossenen Vertrage ausgesprochen, die Subvention, einschließlich der von den preuß. Eisenbahngesellschaften beizutragenden 2 Mill. Rcs. auf 10 Mill. festgestellt mit der Moßgabe, daß die Subvention sich um den entsprechenden Betrag verringern soll, um welchen der Beitrag der Eisenbahngesellschaft hinter den 2 Mill. zurückbleibt.

Der kommandirende General Herwarth v. Bittenfeld in Köln hat den Ruf als Gouverneur von Berlin angenommen. Sein Vorgänger war General Graf v. Waldersee, welcher seines vorgerückten Alters wegen neulich in den Ruhestand trat. (Mitgztg.)

Im Gefolge des russischen Kaisers befinden sich 12 russische Polizeibeamte; von hier ist der Polizeirath Stieber ebenfalls mit 12 Mann nach Ems abgegangen. (Mitgztg.)

Die „Brl. Wespen“ sind gestern mit Beschlag belegt worden.

München, 21. Mai. Abgeordnetenkammer. Der Antrag Stauffenberg's, die Aufhebung der Todesstrafe betreffend, wurde bei namentlicher Abstimmung mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, nachdem der Justizminister die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Abschaffung der Todesstrafe nur als eine Frage der Zeit ansiehe, im Augenblick aber für unräthlich halte. Für die Aufhebung stimmen sämtliche Liberalen, außerdem der Präsident Weis, Karl Barth, Weber.

England. London, 20. Mai. Im Unterhause v. Banbury, das Haus möge erklären, daß unbefriedigende Benehmen des griechischen Ministeriums in der Angelegenheit von Marathon mache die Einsetzung einer civilisierten griechischen Regierung nothwendig. Gladstone entgegnete, man müsse so lange Reserve beobachten, bis die Correspondenz über die gefaßte Angelegenheit vollständig vorliege. Hierauf wurde der Antrag Bulwer's zurückgezogen.

\* Das Oberhaus hat gestern die vom Unterhause angenommene Vorlage, betreffend die Aufhebung des Verbotes, welches gegen die Heirath eines Wittwers mit der Schwester seines verstorbenen Gattin besteht, mit 77 gegen 73 Stimmen abgelehnt. — Von Liverpool sind vorgestern nicht weniger als 2281 Auswanderer in zwei Dampfern nach New-York in See gegangen. Die „France“ von der Nationalen Dampfer Gesellschaft hatte 1276 und der Dampfer „Colorado“ von der Guion-Linie 1005 Seelen an Bord. Dies ist, wie es heißt, die größte Menschenzahl, die je an einem Tage in zwei Schiffen Liverpool verlassen hat. Beide Schiffe werden übrigens noch in Queenstown anrufen, um irische Auswanderer an Bord zu nehmen.

Frankreich. Paris, 20. Mai. Im gesetzgebenden Körper ist gestern, wie vorausgeschenkt, Marquis de Talhouet mit 180 gegen 19 St. an Stelle des ins Ministerium getretenen Mége zum Vicepräsidenten der Kammer ernannt worden. Nach der Sitzung hat sich ein bemerkenswerther Zwischenfall ereignet. Pelletan hatte einen heftigen Anfall gegen die Gerichte gemacht. Ollivier erhob sich von der Ministerbank und rief aus: „Bur Ordning, zur Ordning!“ Präsident Schneider begnügte sich jedoch damit, einige ermahnende Worte an das Mitglied der Linken zu richten. Die Sitzung wurde kurz darauf aufgehoben. Der Justiz-Minister erhob sich, nachdem er sich mit seinen Minister-Collegen verständigt, von seinem Sitz und kehrte sich an den Fuß der Treppe, welche zum Präsidenten führt. Er mußte daselbst ziemlich lange warten, da Schneider einige Unterschriften zu geben hatte. Endlich stieg dieser hinab und wurde von Ollivier mit folgenden Worten angeredet: „Ihr Beträzen, Herr Präsident, ist unmöglich! Sie lassen den Richterstand ungestraft beschimpfen, Sie hätten den Herrn Pelletan zur Ordning rufen müssen.“ Mr. Schneider erwiderte: „Ersuchen Sie, Herr Minister, daß ich von Niemandem Beschlefe zu empfangen habe, nicht einmal vom Kaiser.“ Hierauf ging er seiner Wege. Man glaubt allgemein, daß Schneider, der ein sehr ruhiger und bedachter Mann ist, den Consulat absichtlich hervorgerufen habe, weil er sich zurückziehen wolle. — Nächste Woche wird das Ansehen der Stadt Paris von 500 Mill. zur Verhandlung kommen. — General Wimpffen scheint auf seinem Feldzuge gegen die Stämme an Algeriens Westgrenze den Kürzeren gezogen zu haben, denn er verlangt eine Verstärkung von 10,000 Mann, die der Kaiser ihm jedoch bis jetzt verweigert hat. — Einige Verhaftungen, welche gestern und vorgestern in Belleville und Bilette vorgenommen worden, beziehen sich, wie es scheint, auf das berüchtigte Complot. Veranlassung zu denselben boten Denunziationen bereits verhafteter Individuen. Es sind deren fünf, von denen vier das Handwerk von Mechanikern treiben, einer Schuster ist. Giani soll Schneider der Bombe sein, Ereaud hätte dieselben bei Lepey bestellt. Bei Decker und Dorian soll die Partei compromittende Papiere gefunden haben. Roussel, dessen Verhaftung allein etwas Licht in die Sache bringen könnte — Roussel ist noch immer nicht zu Stande gebracht.

Italien. Florenz, 20. Mai. In der Deputirtenkammer wurden die auf die Affaire von Marathon Bezug habenden Dokumente verteilt. Unter denselben befindet sich ein Bericht des Obersten Theagenis, aus welchem hervorgeht,

dass das Resultat des Kampfes gegen die Räuber ein ganz anderes gewesen wäre, wenn die Truppen von Gallais ihre Schuldigkeit erfüllt hätten. Ein anderes Dokument constatirt, daß die Anführer der Briganten auf die Gewährung der Amnestie bestanden hätten, und zwar in Folge von Ratschlägen höhergestellter Persönlichkeiten. Eine Note des italienischen Gesandten della Minerva vom 5. Mai macht der griechischen Regierung den Vorwurf, daß sie es verabsäumt habe, das Publikum vom Bestehen der Räuberbanden in Kenntnis zu setzen, und bestätigt das Vorhandensein einer energischen Note Frankreichs an die griechische Regierung, in welcher die letztere für den eventuellen Erfolg des Lösegeldes bei etwa in Zukunft von Räubern gefangen genommenen Franzosen verantwortlich gemacht wird. — Der Prinz von Garignan übersehende der Deputirtenkammer den Bericht der Association nationale, welcher constatirt, daß in diesem Jahre bereits mehr als eine Mill. Rente auf Cours festgestellt sei. Der Präsident der Kammer sprach dem Prinzen den Dank für dieses patriotische Wirken aus, welches ein neues Unterpfand der Solidarität zwischen der Nation und der Dynastie sei. (W. T.)

Portugal. Lissabon, 20. Mai. Der Herzog von Loulé weigert sich, die Benennung Saldanha zum Ministerpräsidenten zu contrastiren, weil der König zu versetzen gezwungen worden sei. Saldanha bot hierauf seine Mission an, welche jedoch der König nicht annahm, indem er erklärte, Saldanha besitze sein volles Vertrauen. Lissabon und die Provinzen sind ruhig.

Amerika. Washington, 20. Mai. Der Congress beschloß, sich bis zum 15. Juli zu vertagen. (W. T.)

Danzig, 23. Mai.

\* Die Kgl. Direction der Ostbahn veröffentlicht heute den Sommer-Fahrplan für die Strecke Danzig-Ruine, der vom 1. Juni e. ab bis auf Weiteres gilt. Danach geben, wie wir bereits in Nr. 6059 d. B. mitgetheilt haben, die Züge vom Bahnhof Hohenthal-Vormittags 6 Uhr 7 U. 48 M., 9 U. 46 M., Nachmittags 1 U. 45 M., 3 U. 39 M., 8 U. und 10 U. 24 M., — von Neufahrwasser Vormittags 6 U. 40 M., 8 U. 31 M., 11 U. 26 M., Nachmittags 2 U. 29 M., 6 U. 42 M., 9 U. und 11 U. — Von 5. Juni ab wird an den Sonn- und Feiertagen ein Extrazug vom Hohenthal um 4 U. 30 M. Nachmittags, von Neufahrwasser um 4 U. 6 M. Nachmittags ab gelassen. — Dem von uns wiederholt ausgesprochenen Wunsche, dem lokalen Bedürfnis entsprechend täglich einen Zug von Danzig nach Neufahrwasser und von dort hierher um 4½ oder 5 Uhr Nachmittags einzuführen, hat die Kgl. Direction der Ostbahn keine Rechnung zu tragen für gut befunden.

\* Morgen Nachmittag wird der Betriebs-Director der Berlin-Stettiner Bahn hier erwartet, um über den Fahrplan und die sonstigen Modalitäten für die Eröffnung der Bahn nach Boppot am 1. Juli c. die nöthigen Ermittelungen zu machen. Seitens der Stettiner Direction scheint demnach die Betriebs-Eröffnung zu dem gesuchten Termine gewünscht zu werden. Dieselbe wird indessen, wie wir hören, davon abhängen, ob der Anschluß an die Ostbahn vor dem Olivaer Thor rechtzeitig fertig wird. Im ungünstigsten Falle dürfte indessen dadurch die Eröffnung um 14 Tage weiter hinausgeschoben werden müssen.

\* Die drei Extra-Bergnugungs-Züge nach Berlin werden am 3. Juni c. wie nunmehr definitiv festgestellt ist, in folgender Weise abgelassen: 1. Zug: Abfahrt von Bromberg 10 U. 32 M. Vormittags, Ankunft in Berlin 8 U. Abends; 2. Zug: Abfahrt von Danzig 6 U. 38 M. Morgens, Ankunft in Berlin 8 U. 26 M. Abends; — 3. Zug: Abfahrt von Königsberg 5 U. 54 M. Nachmittags, Ankunft in Berlin, den 4. Juni 9 U. 41 M. Vormittags.

\* Die Betriebs-Einnahme der K. Ostbahn betrug im Monat April 716,395 R. gegen 582,334 R. im Monat April 1869, also in diesem Jahr 134,061 R. mehr als im gleichen Monat des vorigen Jahres.

\* Der Vorstand des Volkskindergarten wird zum Besten dieser Anstalt Sonnabend, den 28. d. M. im Schüren-garten ein Concert veranstalten. Der gute Zweck des Unternehmens, so wie ein reichhaltiges Programm lassen wohl eine rege Beteiligung des Publikums erwarten, was um so wünschenswerther ist, als, wie man uns mittheilt, der Volkskindergarten trotz des zahlreichen Besuches besonders während der Sommermonate (augenblicklich sind die Namen von 80 Kindern auf der Liste) doch bei dem geringen Beitrage von 5 R. pro Kind einerseits und den ziemlich bedeutenden Unterhaltskosten der Anstalt andererseits alljährlich einer derartigen außerordentlichen Unterstützung bedarf.

\* In der am 21. d. M. abgehaltenen Ortsversammlung der Reichsläger u. s. w. wurde mitgetheilt, daß die Hälften der Mannschaften bei sämtlichen Reichslägern entlassen worden sei. Als Hauptgrund der Entlassung sei angegeben, daß fast sämtliche Räder eines kleinen Gewinnes wegen des russischen Tauwerk eingeführt hätten, auch die von Hrn. Gibbons neuengründete Räderrei-Actiengesellschaft. Da auch die K. Marine ihren Bedarf aus andern Provinzen bezieht, so befürchten die Mitglieder des Gewerks eine traurige Zukunft und sprachen sich dahin aus, daß es nichts hilft, wenn man Armenvereine u. dergl. gründe und auf der andern Seite den Arbeitern den Bettelstab in die Hand drücke. Es wurde der Wunsch geäußert, daß die Herren Räder mit Interesse der mit Erwerbslosigkeit und in Folge dessen mit bitterer Not bedrohten Gewerksmitglieder sich geneigt finden lassen möchten, ihren Bedarf an Tauwerk von den hiesigen Meistern zu beziehen, die gewiß in jeder irgend angänglichen Weise ihnen entgegenkommen würden.

\* In der letzten Ortsversammlung der Maschinen- und Metallarbeiter wurde über Anträge, betr. die Abänderung des Krankenfassenstatus, berathen; dieselben sollen im Juli in Berlin tagenden Delegirtenversammlung des Gewerbevereins unterbreitet werden. Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden betrugen sämtliche durch den Ortsverein eingesammelten freiwilligen Beiträge für die Waldenburger Bergarbeiter 117 R. 13 Pf. 4 L. Vor Schluss der Sitzung gedachte Dr. Dreichel des dadingeschiedenen Abgeordneten Waldeck und ehrt die Versammlung das Andenken desselben durch Erheben von den Zügen.

\* Sonntag fand im Schürenhausaal ein öffentliches musikalisches Examen der Schüler des Musiklehrers Herrn Aug. Weyher statt. Sämtliche vorgelegten Stücke wurden mit verdientem Beifall belohnt.

\* Gestern Abend um 10 Uhr entlud sich über unserer Stadt und Umgegend ein schweres Gewitter, das bis 12 Uhr magte. Wie uns mitgetheilt wird, hat der Blitz an mehreren Stellen in der Umgegend geblendet.

\* [Polizeiliches] Der Arbeiter Stürmer wurde am 20. d. M. in seiner Wohnung hängt gefunden. — Dem Schuhmacher Gschickli wurde eine Partie Leder im Werthe von 2 R. gestohlen. — Der Wirtwe Brünner fand in der Nacht vom 19. zum 20. d. M. aus dem verschlossenen Kästchen, dessen Rückwand erbrochen worden war, verschiedene Kleidungsstücke im Werthe von 90 R. gestohlen worden. — Verhaftet wurden 3 Personen.

Königsberg, 22. Mai. In der am Freitag stattgehabten Wählerversammlung brachte Dr. Job Jacoby folgenden Antrag ein: „Die heute versammelten Urwähler be-



Statt jeder besondern Meldung.  
Heute Vormittags 9 Uhr wurden wir durch  
die Geburt eines Löcherchens erfreut.  
Danzig, den 23. Mai 1870.

Robert Knoch und Frau.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau  
von einem munteren Mädchen zeige hiermit  
ergeben an.  
Aler Engel, den 22. Mai 1870. Carl Ehrlich.  
Die heute 6 Uhr Morgens erfolgte glückliche  
Entbindung meiner lieben Frau von einem  
gesunden Mädchen zeige hierdurch an.  
Adl. Liebau, den 20. Mai 1870.

H. Frost.

Die Verlobung meiner Tochter Elise mit  
dem Rechtsanwalt Herrn Werner in Mohrungen  
beehre mich hierdurch anzuziegen.  
Alexander Rosenstein.

Elise Rosenstein,  
Oscar Werner, Rechtsanwalt.  
Verlobte.

Danzig. Mahrungen  
Untere am 17. d. M. vollzogene eheliche Verbin-  
dung beeihren wir uns hiermit ergebenst  
anzuziegen.  
Eierst. am 18. Mai 1870.

Feldmesser Ballbracht,

Bertha Ballbracht,

geb. von Lettow-Vorbeck.

Heute Morgen gegen 7 Uhr entschließt nach  
schwerem Leiden meine innig geliebte Gattin  
Anselma Johanna Winanda, geb. Sauer.

Danzig, den 22. Mai 1870.

Jansen.

Marine-Maschinbau-Director.  
Soeben erschien in unterzeichneteter Buch-  
handlung

Erinnerung an Danzig  
12 photolithographische Ansichten in Pan-  
oramaform; in eleg. Carton mit dem Stadt-  
Wappen.

Preis 15 Sgr.

Nach auswärts bei Einzahlung des Be-  
trages franco.

L. Saunier'sche Buchhdlg.  
A. Scheinert in Danzig.

Nur bis 29. Mai

sind Lose zur Königsberger Pferdelotterie zu  
haben im Generalsecretariat Langgasse No. 55.  
Preis 1 Thlr. (8543)

Lotterie in Frankfurt a. M.  
Gewinne: fl. 200,000, 100,000, 50,000  
Original-Losse  
zur 1. Klasse,ziehung den 31. Mai,  
 $\frac{1}{4}$  a. R. 1 —  $\frac{1}{2}$  a. R. 2 —  $\frac{1}{4}$  a. R. 4  
incl. Porto und Schreibgebühren,  
offerten (8010)

Meyer & Gelhorn, Danzig.  
Bank- und Wechsel-Geschäft,  
Langenmarkt No. 40, neben der Rathsapothele.

Ganz etwas Neues.

Soeben erhielt eine bedeutende Sen-  
dung wasserdichter Batenthüte, die in je-  
der Weise den Filzhüten ähnen. An Leich-  
tigkeit übertreffen sie jedoch die Korthüte.  
Es sind 3 ganz moderne Fassons vor-  
rätig, wovon  
die niedere Fasson . . . 20 Sgr.  
mittlere Fasson . . . 22 $\frac{1}{2}$  " kostet.  
Alleinige Niede lage bei

A. F. Gelb,  
(8711) Gr. Krämergasse No. 6.

Geschälte Apfels-  
schnitte, pro Pfund 2 $\frac{1}{2}$   
Sgr. empfiehlt  
C. L. Hellwig, Langenmarkt

32.

Das  
Getreide-Säcke-Ber-  
kauf-Beschäft  
von

R. Deutschedorf & Co.,  
Milchkanngasse 11 (Speicher),  
empfiehlt in großer Auswahl:

Woll-Säcke (2 und 3 Ctr. In-  
schwert v. 1 Thlr. 5 Sgr. ab.)

Getreide-Säcke von starkem  
Drillisch (3 Schl. Inh.) von 12 Sgr. ab.

Mehl-Säcke mit 2 blauen  
Inh. von 17 Sgr. ab.

Ripps-Blätte 9 Fuß br., 24  
Fuß lang, von 2 Thlr. 20 Sgr. ab.

Neue Matjes-Heringe  
empfiehlt  
Carl Schnarcke.

Circa 1000 Scheffel Kartoffeln  
liegen in Schäferei bei Oliva zum Verkauf.

Danziger Bau-Club.  
Dienstag Abend General-Versammlung.  
Der Vorstand.

## Ausverkauf

### Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts.

Um mit dem Rest-Bestande meines Lagers auf das Schleunigste zu räumen, habe ich die noch vorrätigen Kleiderstoffe, französische Long-Shawls, Plaid-Shawls und Tücher, Calicos, Jaconets, couleur u. weiße Flanelle und Bone, seine schwarze Tuche, couleur u. schwarze Buckskins, Gesundheits-Unterkleider, welche nicht einlaufen, ausnahmsweise billig, weißen Alpacca, brauen  $\frac{1}{4}$  Berliner Ellen breiten Thibet, helle Piqué-Westen zum Ausverkauf gestellt.

(8655)

A. C. Stiddig, Langgasse 52.

Locomobilen, Dampf-Dresch- und alle anderen  
landwirtschaftlichen Maschinen

von  
R. Garrett & Sons

Leiston Works, Suffolk, England.

Etabliert seit 100 Jahren. Prämiert mit 219 Preisen, 26 goldenen und 64 silbernen  
Medaillen den goldenen Medaillen  
Paris 1867 und London 1862

unter Garantie bei bequemen Zahlungs-Bedingungen.

Um bei beabsichtigter Anschaffung von Maschinen den Käufern Gelegenheit zu geben, sich  
selbst in Bezug auf die Qualität und die wirklichen Vorzüge der Maschinen auf's Vollständigste  
zu unterrichten, bin ich bereit, Adressen von Landwirten in fast allen Ländern der Welt mitzu-  
theilen, welche Maschinen von R. Garrett & Sons benutzen, oder aber auch dieselben bei mir  
in Thatigkeit zu zeigen.

Reservetheile zu civilen Preisen.

Zuverlässige Maschinisten zu jeder Zeit.

Reparaturen jeder Art schnell.

Illustrierte Cataloge gratis.

Validige Bestellungen wegen rechtzeitiger Lieferung erwünscht.

Sally Cohnfeld,

Civil-Ingenieur, Bromberg.

Lager und Bureau: Bahnhofstraße No. 32.

Gefällige Aufträge nimmt entgegen und jegliche nähere Auskunft ertheilt in Danzig

Aug. Lemke,

Heiligegeistgasse 81.

(8654)

## Neueste Sonnenschirme

pro Stück 15 Sgr., 20 Sgr., 1 Thlr., 1 $\frac{1}{4}$  Thlr., 1 $\frac{1}{2}$  Thlr.

Elegante Sonnenschirme in reichster Ausstattung pro Stück 2 R., 2 $\frac{1}{2}$  R., 3 bis 5 R.

Dauerhafteste Regenschirme zu bekannten billigsten Preisen.

Alex. Sachs,

Schirmsfabrikant, Marktanschegasse.

Niederlagen in Berlin, Köln, Hamburg, Leipzig, Bremen, Frankfurt a. M.,

Breslau, Oldenburg, Hannover u. s. w.

Vermöge der vielen Niederlagen liefert diese Fabrik unstreitig das beste

Fabrikat zu den allerbilligsten Preisen.

## Verkauf kleinerer Besitzungen.

Eine Besitzung von 160 Morg. culm. — Weizen- und Gerstenboden — neuen Ge-  
bäuden — soll mit vollständigem Inventarium und Saaten für 10,000 R. bei 2-3000 R.  
Anzahlung verkauft werden.

Eine Besitzung von 95 Morg. culm. — durchweg Boden 1. Klasse — 4 Meile  
von der Stadt gelegen — soll mit guten Gebäuden und Saaten ohne Inventarium für  
5000 R. bei 1000 R. Anzahlung verkauft werden.

Eine Besitzung im Löbauer Kreise von 140 Morg. — gutem Boden — soll  
ohne Gebäude und Inventarium, jedoch mit vollständigen Saaten für 5000 R. bei 1500-  
2000 R. Anzahlung verkauft werden.

Eine bei Danzig in einem Vergnügungsorte gelegene Villa — 10 Zim-  
mer enthaltend, soll mit schönem Garten u. 1 Morg. großer Wiese für 4000 R. bei 1000 R.  
Anzahlung verkauft werden.

Eine in vollem Betriebe stehende Eisengießerei u. Maschinenfabrik  
soll mit allen Maschinen und sonstigem vollständigen Inventarium und mit einem am Wohn-  
haus gelegenen schönen Garten für 10,000 R. bei 2000 R. Anzahlung verkauft werden. Auch  
ist dieselbe zu verpachten.

Sämtliche Grundstücke sind auch gegen städtische Häuser zu ver-  
tauschen.

Alles Nähere bei F. A. Deschner in Danzig, Heiligegeistgasse 49.

## Nachner und Münchener Feuer-Versicherungs- Gesellschaft.

Nachdem der Kaufmann Herr Bernhard Schwarz zu Danzig die Verwaltung der dortigen  
Agentur obiger Gesellschaft niedergelegt und dieselbe

Herr L. Groening zu Danzig,

Vortrahsengasse No. 5.

übernommen hat, bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis und empfehlen außer den bis-  
herigen Vertretern

Herrn Kaufmann H. A. Kupferschmidt,

L. A. Wilda,

auch Herrn L. Groening,

zur Vermittelung von Versicherungen hiermit bestens.

Königsberg, den 20. Mai 1870.

Die Haupt-Agentur.

O. Hempel.

## 5% Danziger Hypotheken-Pfandbriefe

in Stücken von Thlr. 1000 — 500 — 100 — 50 und 25  
empfhlen bei dem gegenwärtigen noch sehr niedrigen Course als sicherste und  
vorteilhafteste Kapitals-Anlage.

Dieselben werden durch halbjährliche Ausloosungen zum Nominalbetrage  
amortisiert, und sind aus diesem Grunde anderen Pfandbriefen vorzuziehen.

Die Coupons werden bei der Danziger Privat-Bank hier, sowie  
in Berlin eingelöst.

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 40 neben der Rathsapothele.

## Dampfer-Verbindung

Danzig — Stettin.

Von Danzig Dampfer "die Erbte" | am  
Von Stettin Dampfer "Colberg" | 24. Mai.  
Güteranmeldungen nehmen entgegen  
Abw. Chrift. Gribel  
in Stettin,  
Ferdinand Prowe,  
in Danzig. (8703)  
Hundegasse 55.

Frisch gebrannter Kalk (8691)  
ist am billigsten aus meiner Kalk-  
brennerei in Legan und Langgar-  
ten 107 stets zu haben.

C. H. Domanski Ww.

## Turn- und Fecht-Verein.

Donnerstag, der 26. Mai, zur Feier des  
Stiftungsfestes, Turnfahrt nach "Drei Schweins-  
köpfen". Abmarsch präzise 7 Uhr Morgens vom  
hohen Thor. Die Mitglieder und Turnfunde  
werden höflich gebeten, recht zahlreich zu er-  
scheinen. Eingeführte Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

## Achte Versammlung

des

## preußischen botanischen Vereins zu Danzig

Donstag, den 7. Juni 1870,  
Vormittags 8 Uhr,  
in der Loge Eugenia  
(Neugarten 18).

Darauf um 1 Uhr gem. insames Mittags-  
mahl ebendaselbst (Gedeck à 15 Sgr.) und um  
2½ Uhr Excursion nach Oliva und Zoppot.

Abends den 6. Juni geteilte Zusammen-  
kunft gleichfalls in der Loge "Eugenia".

Dr. Ball, Oberlehrer,

z. B. Geschäftsführer.

Diejenigen Herren, welche am Mittagsmahl  
oder an der Excursion teilnehmen wollen, oder  
einen Gast aufzunehmen genötigt sind, bitte ich,  
mir dies spätestens bis zum 2. Juni mitztheilen.  
Für die Mitglieder der Loge Eugenia ist eine  
besondere Auflösung im Logengebäude, für  
die des Gartenbauvereins bei Castellan der na-  
turforchenden Gesellschaft, Hrn. Pohl, ausgelegt.

Die Mitglieder der naturforchenden Gesell-  
schaft werden durch Circular eingeladen.

## Verein junger Kaufleute.

Heute Abend  
Außerordentliche General-Versammlung.  
Beschlussfassung über den demnächst zu unterneh-  
menden Ausflug und Zeichnung der Theil-  
nahme an demselben.

Der Vorstand.

(8509)

## Schweizer-Garten

von Oscar Voigt.

Dienstag, den 21. Mai, Nachm. 4½ Uhr:

## Grosses Concert

des Musikkirectors

Fr. Laade aus Dresden  
mit seiner Kapelle. Entrée 2 R., Kinder 1 R.

## ORPHEUM.

18. Schwarzes Meer 18.

Heute Montag, den 23. Mai, Tanz.  
(8715) J. Peters.

## Spliedt's Etablissement

in Jäschkenthal.

Donnerstag am Himmelfahrtstage, Sonn-  
tag den 29. d. Mts. und am 1. und 2.  
Pfingstfeiertagen